

# Argu-Papier “Kohleausstieg”

---

## Was ist das Problem / die Zielstellung / die Idee?

- Koalitionsvertrag auf Bundesebene: “Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist auch ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030.”
- 2023 war global das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, wir müssen daher dringendst die Verbrennung fossiler Brennstoffe beenden
- im rheinischen Revier ist 2030 fest vereinbart
- gleichzeitig braucht die Lausitzer Region eine klare Perspektive dank Strukturwandel, Neuansiedlungen und Investitionen in Infrastruktur, dank derer sachsen Energieland bleiben kann
- Kohlekompromiss auf Bundesebene beinhaltete Ausstieg bis 2038, aber keine Garantie, dass bis dahin weiter Kohle verbrannt werden muss
- CO2-Preise steigen, Kohleverstromung verliert Rentabilität - dennoch muss Wiedernutzbarmachung sichergestellt werden
- [Gefährdung des Wasserhaushalts](#) durch Tagebau bei gleichzeitig sinkendem Grundwasserspiegel durch bspw. Trockenheit (Sommer 2023)
- zudem Verschmutzung der Fließgewässer, Abgase, Feinstaubbelastung, nach wie vor Zerstörung der Landschaft und Unsicherheit über Finanzierung der Wiedernutzbarmachung (siehe Papier zur Bergbaufolgen)

## Was haben wir in Regierungsverantwortung in Sachsen erreicht? Was haben wir noch vor?

- haben das [Grundwassermodell Lausitz auf den Weg gebracht](#), um Wassermanagement (Wassermenge und -qualität) im Strukturwandel abzusichern, und die länderübergreifende Zusammenarbeit verbessert
- Erhalt des Dorfes Pödelwitz im Koalitionsvertrag verankert, Pödelwitz ist geblieben
- wir haben den Ausbau der Erneuerbaren Energien, der eine Grundlage für einen beschleunigten Kohleausstieg ist, bei PV 2023 auf ein Rekordniveau gebracht, und bei Wind durch mehr Mittel für Genehmigungsbehörden und das 2%-Flächenziel die Bremsblöcke gelöst
- wir setzen uns dafür ein, dass der Kohleausstieg deutlich vor 2038 erfolgt
  - nur durch planvollen und frühzeitigeren Ausstieg können wir dem 1,5-Grad-Budget entsprechend Emissionen reduzieren und bezahlbare energetische Versorgungssicherheit in Anbetracht steigender CO2-Preise sicherstellen
  - wirtschaftlich wird sich eine Verbrennung schon deutlich eher nicht mehr lohnen
- an der Seite polnischer Klimaschützer:innen stehen wir auch klar gegen eine Betriebsverlängerung für den Tagebau Turów

## Unsere drei wichtigsten Vorschläge (konkrete Maßnahmen)

## Argumentationshilfe Kohleausstieg

1. "Kein Dorf darf mehr der Kohle geopfert werden", z.B. Mühlrose/Miloraz
2. Finanzierung der Braunkohlefolgeschäden durch Tagebaubetreiber und [Braunkohlefolgestiftung](#) sicherstellen
3. Umbau der Kohleregionen zu erneuerbaren Energielandschaften

### Welche Angriffe gibt es gegen uns? Wie kontern wir?

- "Wenn ihr jetzt den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen wollt, brecht ihr den Kohlekompromiss und zerstört Vertrauen in die Politik"
  - Kohleausstiegsgesetz enthielt nie ein Versprechen, bis 2038 Kohle zu verbrennen, Überprüfung des Vorziehens war von Beginn an vorgesehen
  - seit Beschluss Anfang 2020 hat Klimakrise sich weiter verschärft - zu aufrichtiger Politik gehört es, die Realität nicht zu ignorieren
  - Vertrauen schafft Politik nicht durch stures Festhalten an überholten Konzepten, sondern indem den Menschen eine konkrete Perspektive geboten wird --> Umsetzung des Strukturwandels
- "Wir brauchen Kohlekraftwerke bis mindestens 2038, weil Erneuerbare Energien nicht immer verfügbar sind und unsere Energieversorgung sonst unsicher wird"
  - Kohlekraftwerke sind nicht flexibel regelbar und müssen permanent laufen, das ist Technologie des 20. Jahrhunderts
  - in modernem, europäisch vernetztem Energiesystem mit Speichern und H2-Sprinterkraftwerken können Schwankungen der Erneuerbaren wesentlich günstiger aufgefangen werden
- "Ohne Kohle wird unsere Energieversorgung immer teurer!"
  - selbst in der Vergangenheit galt das nur unter Ausblendung der Umwelt- und Gesundheitskosten
  - aufgrund des (perspektivisch weiter zunehmenden) CO2-Preises ist Kohle gegen die Erneuerbaren nicht mehr konkurrenzfähig
- "Der Strukturwandel geht gar nicht so schnell, die Leute verlieren ihre Jobs und wandern ab."
  - für den Strukturwandel werden durch den Bund ca. 40 Mrd. Euro bereitgestellt = Riesenchance für die Region
  - konkrete Erfolge bereits sichtbar, etwa Ansiedlung des Bahn-Instandhaltungswerks in Cottbus und Schaffung von Industriearbeitsplätzen
  - verbliebene Beschäftigte in Lausitz unter 10.000, Studien zeigen, dass das größte Problem für die Region der Fachkräftemangel wird und nicht der Wegfall der Kohle-Jobs
- (von links) "Die Kohleunternehmen sacken jetzt noch Gewinne ein, auf den Ewigkeitskosten bleibt dann der Steuerzahler sitzen"
  - LEAG selbst baut mit Projekten wie Gigafactory eigene neue, grüne und langfristig ausgerichtete Geschäftsmodelle in der Lausitz auf - wird Verantwortung für Wiedernutzbarmachung nicht einfach abtreten können
  - zur Absicherung setzen wir uns zusätzlich für die Einrichtung einer Stiftung ein, dank derer Mittelverfügbarkeit und -einsatz transparent wären

## Perspektive Landtag Sachsen

**Was haben die anderen im Landtag vertretenen Parteien (und die FDP) gemacht? Was wollen sie zukünftig tun?**

- AfD: forderte von der Staatsregierung, sich im Bundesrat gegen Kohleausstieg bis 2030 zu positionieren (DRUCKSACHE 7/13128), allgemein [keinen zeitlich definierten Kohleausstieg](#)
- CDU: [Einhaltung ihrer Interpretation des Kohlekompromisses](#), d.h. Kohleausstieg erst 2038, und Unterstützung der Regionen bei Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und neuer Wirtschaftsstruktur
- FDP: [ist gegen Vorziehen des Kohleausstiegs](#) und “hält selbst 2038 für ambitioniert”
- LINKE: Kohleausstieg schon deutlich vor 2038 (Entwurf des Landeswahlprogramms 2024)
- SPD: [Kohleausstieg bis spätestens 2038](#)(S. 80), früherer Ausstieg möglich, wenn Energieversorgung geregelt und neue Arbeitsplätze geschaffen

**Welche Vorhaben haben die Koalitionspartnerinnen blockiert? Warum?**

- CDU: Beschleunigungsmaßnahmen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, insb. beim Wind
- SPD: Herstellung von Transparenz bei Finanzierungssicherheit der Wiedernutzbarmachung